

# Folgerichtige Gesetzgebung im Steuerrecht und Öffentlichen Wirtschaftsrecht

Verfassungsrechtliche Grundlagen der Forderungen nach Folgerichtigkeit in der Rechtsprechung des  
Bundesverfassungsgerichts

Bearbeitet von  
Joachim Daniel Brückner

1. Auflage 2014. Buch. 275 S. Kartoniert  
ISBN 978 3 8487 1465 0  
Gewicht: 418 g

[Steuern > Steuerrecht allgemein, Gesamtdarstellungen](#)

schnell und portofrei erhältlich bei

  
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Die Online-Fachbuchhandlung [beck-shop.de](http://beck-shop.de) ist spezialisiert auf Fachbücher, insbesondere Recht, Steuern und Wirtschaft. Im Sortiment finden Sie alle Medien (Bücher, Zeitschriften, CDs, eBooks, etc.) aller Verlage. Ergänzt wird das Programm durch Services wie Neuerscheinungsdienst oder Zusammenstellungen von Büchern zu Sonderpreisen. Der Shop führt mehr als 8 Millionen Produkte.

Joachim Daniel Brückner

**Folgerichtige  
Gesetzgebung  
im Steuerrecht  
und Öffentlichen  
Wirtschaftsrecht**

Verfassungsrechtliche Grundlagen  
der Forderungen nach Folgerichtigkeit  
in der Rechtsprechung des  
Bundesverfassungsgerichts



Nomos

Nomos Universitätsschriften

Recht

Band 843

Joachim Daniel Brückner

# Folgerichtige Gesetzgebung im Steuerrecht und Öffentlichen Wirtschaftsrecht

Verfassungsrechtliche Grundlagen der Forderungen  
nach Folgerichtigkeit in der Rechtsprechung des  
Bundesverfassungsgerichts



**Nomos**

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Zugl.: Tübingen, Univ., Diss., 2014

ISBN 978-3-8487-1465-0

**D21**

1. Auflage 2014

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2014. Printed in Germany. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der photomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten. Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.

## Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	17
Einführung	19
1. Teil: Die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zu folgerichtiger Gesetzgebung im Steuerrecht und Öffentlichen Wirtschaftsrecht	23
1. Kapitel: Folgerichtige Gesetzgebung im Steuerrecht	24
I. Von der Systemwidrigkeit zum Folgerichtigkeitsgebot	24
1. Die Figur der Systemwidrigkeit	25
a. Verwendung der Figur durch das Bundesverfassungsgericht	25
b. Der Systembegriff des Bundesverfassungsgerichts	27
c. Verfassungsrechtlicher Gehalt der Figur der Systemwidrigkeit	31
aa. Bindungen des Gesetzgebers	31
bb. Systemwidrigkeit als „Binnendenken“	35
2. Ursprung des Folgerichtigkeitsgebots im Steuerrecht	38
II. Das Folgerichtigkeitsgebot im Steuerrecht	41
1. Die Anforderungen des Folgerichtigkeitsgebots	41
a. Folgerichtige Umsetzung von Belastungsentscheidungen	42
aa. Belastungsentscheidungen im Sinne des Folgerichtigkeitsgebots	42
bb. Beschränkung des Folgerichtigkeitsgebots auf bestimmte Grundaussagen?	45
cc. Reichweite der gebotenen folgerichtigen Umsetzung	46

*Inhaltsverzeichnis*

b. Ausnahmen vom Gebot folgerichtiger Umsetzung	48
aa. Rechtfertigungsgründe bei mangelnder Folgerichtigkeit	48
bb. Der Rechtfertigungsmaßstab beim Folgerichtigkeitsgebot	49
c. Zulässigkeit eines Systemwechsels	51
d. Das Urteil zur Entfernungspauschale (BVerfGE 122, 210)	52
2. Das Folgerichtigkeitsgebot als Ausprägung des allgemeinen Gleichheitssatzes im Steuerrecht	56
a. Dogmatische Einordnung des Gebots durch das Bundesverfassungsgericht	57
b. Feststellung von Ungleichbehandlungen	58
2. Kapitel: Folgerichtige Gesetzgebung im Öffentlichen Wirtschaftsrecht	60
I. Stimmigkeit der Regelungen zum Ladenschluss (BVerfGE 111, 10)	60
1. Wesentliche Entscheidungsgründe zu Art. 12 Abs. 1 GG	61
2. Wesentliche Entscheidungsgründe zu Art. 3 Abs. 1 GG	63
3. Inhalt und Grundlage der Folgerichtigkeitskontrolle	64
a. Folgerichtigkeitskontrolle bei der Beurteilung der Angemessenheit	64
b. Verbindungen zum allgemeinen Gleichheitssatz	65
c. Reichweite der Folgerichtigkeitskontrolle	67
II. Folgerichtigkeit beim Nichtraucherschutz (BVerfGE 121, 317)	68
1. Wesentliche Entscheidungsgründe	69
a. Unzumutbare Belastung der Kleingastronomie nach der Senatsmehrheit	69
b. Abweichende Auffassungen in den Sondervoten Bryde und Masing	71

2. Inhalt und Grundlage der Folgerichtigkeitskontrolle	72
a. Folgerichtigkeit bei der Gewichtung von Gefahren für Nichtraucher	72
b. Anforderungen und Funktion des Folgerichtigkeitsgebots	73
c. Rechtsfolgen bei mangelnder Folgerichtigkeit	76
III. Konsequenz der Glücksspielregulierung (BVerfGE 115, 276)	77
1. Wesentliche Entscheidungsgründe	77
2. Inhalt und Grundlage der Folgerichtigkeitskontrolle	79
a. Konsequente Zweckverfolgung zur Legitimation des Grundrechtseingriffs	79
b. Zuordnung im Rahmen des Übermaßverbots	80
c. Reichweite des Konsequenzgebots	82
3. Kapitel: Vergleich und Abgrenzung der Ergebnisse	83
I. Wesentliche Merkmale der Forderungen nach Folgerichtigkeit	83
1. Die Forderung nach Folgerichtigkeit als Selbstbindung des Gesetzgebers	84
2. Verfassungsrechtliche Begründung der Selbstbindung	87
3. Folgerichtigkeit zur Vermeidung von Widersprüchen	89
II. Abgrenzung gegenüber anderen Anforderungen an den Gesetzgeber	92
1. Abstimmung der Regelungen verschiedener Normgeber	92
2. Rechtliche Kontinuität und Vertrauensschutz	95
3. Sachgerechtigkeit gesetzlicher Differenzierungen	97

III. Ausblick: Die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs zur Kohärenz mitgliedstaatlicher Regelungen	99
1. Das Gebot der kohärenten und systematischen Zielverwirklichung	99
a. Kohärenz der Beschränkungsregelungen als Frage der Eignung	100
b. Kohärenz und Systematik als gebotene Folgerichtigkeit	103
2. Der Rechtfertigungsgrund der Kohärenz steuerrechtlicher Regelungen	106
a. Entwicklung des Rechtfertigungsgrundes	106
b. Abgrenzung zur Folgerichtigkeit	109
2. Teil: Folgerichtige Gesetzgebung als verfassungsrechtliches Gebot	111
1. Kapitel: Folgerichtige Gesetzgebung als Gebot des allgemeinen Gleichheitssatzes	113
I. Die Folgerichtigkeitskontrolle in der Struktur des Gleichheitssatzes	113
1. Die Bedeutung der Folgerichtigkeitsbasis	115
a. Vergleich zweier Aussagen über die Behandlung von Grundrechtsträgern	115
b. Konkretisierung der Vergleichspaarbildung	119
aa. Die Folgerichtigkeitsbasis als Vergleichs- und Behandlungsmaßstab	121
bb. Indizwirkung mangelnder Folgerichtigkeit	124
c. Gerechtigkeitsmaßstäbe als Folgerichtigkeitsbasis bei Eingriffsmodellen	126
d. Folgerichtig umzusetzende Vorrangwertungen des Gesetzgebers	129
2. Bestimmung der Folgerichtigkeitsbasis	132
a. Die Bedeutung des Systemdenkens für die Untersuchung	132
b. Anhaltspunkte für die Auswahl einer Folgerichtigkeitsbasis	135
aa. Regelungsziele des Gesetzgebers	135

bb. Bedeutungsgrad einer Aussage	138
c. Bestimmbarkeit der Basisaussage bei differenzierenden Regelungen	140
d. Inhaltliche Bestimmtheit der Basisaussage	143
3. Reichweite der Folgerichtigkeitskontrolle	147
a. Binnendenken und regelungsbereichübergreifende Folgerichtigkeit	147
b. Verdeutlichung anhand der untersuchten Rechtsprechung	151
c. Einbeziehung von gesetzlichen Regelungen über den Vollzug	154
II. Bindungen des Gesetzgebers bei Forderungen nach Folgerichtigkeit	156
1. Rechtfertigung mangelnder Folgerichtigkeit	157
a. Gleitender Kontrollmaßstab bei Art. 3 Abs. 1 GG	158
b. Rechtfertigungsmaßstab bei mangelnder Folgerichtigkeit	160
c. Einordnung der Folgerichtigkeitsrechtsprechung	165
2. Einwirkung auf die Folgerichtigkeitsbasis – „Systemwechsel“	170
3. Selbstbindung auf der Grundlage des Art. 3 Abs. 1 GG	175
III. Fazit zum allgemeinen Gleichheitssatz	177
2. Kapitel: Folgerichtige Gesetzgebung als Gebot rechtsstaatlicher Anforderungen	178
I. Einzelne rechtsstaatliche Anforderungen des Grundgesetzes	179
1. Die Gebote der Normenklarheit und Bestimmtheit	180
a. Funktion und Inhalt der Gebote der Normenklarheit und Bestimmtheit	181
b. Berücksichtigung der besonderen Struktur der Folgerichtigkeitskontrolle	182
c. Einsichtigkeit der Rechtslage als Schutzgut der Normenklarheit?	183

d.	Widerspruchsfreiheit der für den Einzelnen maßgeblichen Rechtslage	185
aa.	Fehlende Erkennbarkeit der Rechtslage als mangelnde Folgerichtigkeit	185
bb.	Gegenläufige Regelungswirkungen als mangelnde Normenklarheit?	189
2.	Widerspruchsfreiheit der Rechtsordnung als eigenständiges Gebot?	195
3.	Rechtsstaatliches Willkürverbot	202
II.	Das Übermaßverbot bei Eingriffen in Freiheitsgrundrechte	205
1.	Die Strukturen der Folgerichtigkeitskontrolle und des Übermaßverbots	206
2.	Folgerichtigkeitskontrolle in den Elementen des Übermaßverbots	209
a.	Das Gebot der Legitimität des Eingriffszwecks	209
b.	Das Gebot der Geeignetheit der Eingriffsmaßnahme	212
aa.	Folgerichtige Zweckverfolgung und das gebotene Maß der Geeignetheit	213
bb.	Schlüssigkeit der Einschätzung tatsächlicher Umstände	220
c.	Das Gebot der Erforderlichkeit der Eingriffsmaßnahme	222
aa.	Folgerichtigkeitsaspekte beim Vergleich der Zweckförderung	222
bb.	Folgerichtigkeitsaspekte bei der Beurteilung des mildereren Mittels	223
d.	Das Gebot der Angemessenheit der Eingriffsmaßnahme	225
aa.	Gegenstand der Abwägung	226
bb.	Maßstab zur Beurteilung der Angemessenheit der Vorrangrelation	228
cc.	Folgerichtige Zweckverfolgung zur Wahrung der Angemessenheit	231
dd.	Wertungskonsequenz im Verhältnis mehrerer Vorrangrelationen	237

3. Abgrenzung der Maßstäbe: Freiheit und Gleichheit	242
3. Kapitel: Schlussbetrachtung	245
I. Ergebnisse des 1. und 2. Kapitels in Thesen	246
1. Folgerichtige Gesetzgebung als Gebot des allgemeinen Gleichheitssatzes	246
2. Folgerichtige Gesetzgebung als Gebot rechtsstaatlicher Anforderungen	249
II. Verfassungsrechtliche Folgerungen aus den Ergebnissen	251
III. Die Bedeutung der Forderungen nach folgerichtiger Gesetzgebung	253
1. Kontrolle und Gewährleistung einer gerechten Gesetzgebung?	254
2. Kontrolle und Gewährleistung einer rationalen Gesetzgebung	257
Literaturverzeichnis	261